

Tätigkeitsbericht

KOMMUNALES FRAUENREFERAT LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN 2020 & 2021

„Das Kommunale Frauenreferat in Wiesbaden ist auch in Zeiten der Pandemie verlässliche Ansprechpartnerin für Verwaltung, freie Träger und Frauen vor Ort. Corona macht bestehende Ungleichheiten, die es vor der Pandemie schon gab, deutlich. Auch in Zeiten der Pandemie greifen wir aktuelle Entwicklungen und Studienergebnisse auf, um auf die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen hinzuwirken und reale Gleichberechtigung aller Geschlechter in allen Lebensbereichen zu verwirklichen.“

Kommunales Frauenreferat

Tel. +49 (0)611 31-2448
Fax +49 (0)611 31-3905

Rathaus
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

www.wiesbaden.de
frauenbeauftragte@wiesbaden.de

Inhalt

Einleitung und Vorwort	1
Frauenpolitische Vernetzung	2
Meilensteine frauenpolitischer Aktivitäten	4
(Inter-)nationale und lokale Aktionstage	10
Wiederkehrende lokale Veranstaltungen und weitere Angebote	12
Resümee und Ausblick	15





Kommunale Frauenbeauftragte Saskia Veit-Prang
© wiesbaden.de/ Foto:
Monika Wernike

„Auch in Zeiten der Pandemie konnten wir auf kreative und innovative Weise reagieren, um für die Verwaltung, die Wiesbadener Facheinrichtungen, die Politik und Wissenschaft weiterhin verlässlich als Netzwerkpartnerin zu agieren.“

Einleitung und Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,
ich freue mich, Ihnen mit diesem Tätigkeitsbericht einen ausgewählten Überblick über die Tätigkeiten meines Referats in den Jahren 2020 und 2021 zu geben. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei der Pandemie und ihren Auswirkungen für Frauen in Wiesbaden.

Trotz dieser herausfordernden Zeiten und der Kontaktbeschränkungen ist es uns sehr schnell und gut gelungen, sowohl mit den Bürgerinnen der Landeshauptstadt als auch mit den Netzwerkpartnerinnen auf digitalem Wege in Kontakt zu treten und hier auch in Zeiten der Pandemie an die erfolgreiche Netzwerkarbeit vor Corona anzuknüpfen. Nahezu ohne zeitlichen Verzug haben wir eine Vielzahl von digitalen Angeboten geschaffen. Das immense Ausmaß der Nachfrage hat uns überaus positiv überrascht, sodass wir unsere digitalen Angebote konsequent weiter ausgebaut haben.

Wir haben vieles bewegt und für Frauen in Wiesbaden in die Wege geleitet und es gemeinsam in unserem bewährten Netzwerk geschafft, die Hilfs- und Unterstützungsangebote für Frauen aufrecht zu erhalten aber auch passgenau weiterzuentwickeln. Allen Beteiligten und Unterstützenden gilt hierfür mein persönlicher Dank.

Um den Tätigkeitsbericht nicht zu überfrachten, beschränke ich mich wie üblich auf einige ausgewählte Themenschwerpunkte. Gerne möchte ich Sie jedoch einladen, uns auf www.wiesbaden.de zu besuchen. Hier wird deutlicher sichtbar, wie vielfältig und umfangreich unsere Arbeit ist.

Besonders stolz bin ich darauf, dass es mir möglich war, die Umsetzung der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, in Wiesbaden mit großer Unterstützung von Herrn Oberbürgermeister Mende, Herrn Stadtrat Manjura und allen Fraktionen in einer solchen Qualität gemeinsam mit den frauenpolitischen Sprecherinnen voranzubringen.

Mittels einer umfassenden Bestandsanalyse unseres gesamten Wiesbadener Hilfs- und Unterstützungssystems zu Gewalt gegen Frauen inklusive kleinteiliger konkreter Handlungsempfehlungen war es möglich, bereits für die Jahre 2022 und 2023 zusätzliche Ressourcen im städtischen Haushalt bereit zu stellen. Die große fraktionsübergreifende Einigkeit aller Wiesbadener Politikerinnen und Politiker diesen Meilenstein in der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Landeshauptstadt Wiesbaden politisch zu priorisieren, mit sehr guten Ressourcen auszustatten und das ausgesprochene Vertrauen mir und meinem Team die Zuständigkeit für die Umsetzung zu übertragen, empfinde ich als große Wertschätzung meiner Arbeit.

Ohne meine vielfältigen interdisziplinären Netzwerke, die durch kooperative und verlässliche Zusammenarbeit in nunmehr 37 Jahren als Beamtin der LH Wiesbaden und in 16 Jahren als Kommunale Frauenbeauftragte sowohl auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene entstanden sind sowie meine vielen großartigen Kolleginnen und Kollegen, sowohl in der Verwaltung wie auch bei den vielfältigen Trägern, wäre diese außergewöhnliche Arbeitsleistung nicht möglich gewesen.

Frauenarbeit ist immer eine Teamleistung!

Saskia Veit-Prang

„Das Kommunale Frauenreferat steht auch in Zeiten der Pandemie im ständigen Austausch mit den eigenen Netzwerken. Zur Vernetzung wurden 2020/ 2021 Online-Tools und die Möglichkeiten von Telefonkonferenzen genutzt.“

Frauenpolitische Vernetzung

Das Kommunale Frauenreferat arbeitet auf lokaler, landes- und bundesweiter Ebene in verschiedenen Netzwerken und wirkt hierdurch auf den Abbau von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Gesellschaft hin.

Lokale Netzwerke

AK Frauen- und Mädchenpolitik Wiesbaden

Hierbei handelt es sich um ein 2019 neu gegründetes Netzwerk, welches ein Zusammenschluss der beiden traditionellen frauenspezifischen Wiesbadener Netzwerke *AG Wiesbadener Frauen- und Mädcheneinrichtungen* (gegründet 1994) und *AK Mädchenpolitik* (gegründet 1995) ist. Die Geschäftsführung liegt bereits seit Gründung der Ursprungsnetzwerke im Kommunalen Frauenreferat. Aufgrund der durch Covid 19 ausgelösten Pandemie fanden neben Präsenz- auch Online-Arbeitsgruppentreffen statt. Erstmals fand die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2021 rein digital statt, mit rund 150 Anmeldungen ein großer Erfolg.



Foto: Online-Meeting, 2. AK-Sitzung 2021 vom 17.05.2021

Arbeitskreis „Prävention, Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt“

Der Arbeitskreis „Prävention, Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt“ wurde 1996 als interdisziplinäres Netzwerk durch das Kommunale Frauenreferat gegründet. Seit diesem Zeitpunkt wird auch die Geschäftsführung geleistet. Der Zusammenschluss der interdisziplinären Akteure und Akteurinnen dient dem regelmäßigen Austausch und der passgenauen Zusammenarbeit im Themenfeld Häusliche Gewalt. Einmal jährlich findet zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November (vgl. Seite 11) eine gemeinsame Aktion statt.

AK Frau und Beruf und AK Arbeitsmarkt

Das Referat der Kommunalen Frauenbeauftragten engagiert sich für die Verbesserung beruflicher Perspektiven von Mädchen und Frauen. So engagiert sich das Kommunale Frauenreferat aktiv in den Netzwerken **AK Frau und Beruf** sowie **AK Arbeitsmarkt**. Seit vielen Jahren wird der Informationstag Wiedereinstieg (mehr Informationen auf Seite 13) in enger Abstimmung mit dem Kommunalen Jobcenter und der Agentur für Arbeit, auf die Bedürfnisse der jeweiligen Frauen zugeschnitten, durchgeführt. In 2020 und 2021 wurde dieser aufgrund der Pandemie erstmals als digitales Angebot präsentiert. Aufgrund der sehr guten Teilnahmezahlen und umfassend positiven Rückmeldungen soll dieses Format auch künftig beibehalten werden.

Runder Tisch Frauengesundheit

Seit 2012 ist der Runde Tisch Frauengesundheit, ein Zusammenschluss von Politikerinnen, Frauen aus Wiesbadener Vereinen, Projekten und Verbänden, aktiv, um frauengesundheitliche Fragen zu diskutieren. Die Wiesbadener Hebammenservicestelle konnte mit seiner Unterstützung von Oktober 2018 bis Dezember 2019 erprobt und seit Januar 2020 als festes Angebot initiiert werden. Mehr Informationen zur Hebammenservicestelle finden Interessierte hier: <https://www.wiesbadenerhebammen.com/> 2021 fand durch die Vertreterinnen des Runden Tisches Frauengesundheit Wiesbaden unter der Federführung des Frauengesundheitszentrums Sirona e.V., in Kooperation mit dem Frauenkommunikationszentrum KOMZ e.V., dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. und donum vitae e.V. ein Fachtag zum Thema „Gendermedizin heute / Schwerpunkt Herz-Kreislaufkrankungen - Frauen brauchen eine andere Medizin“ digital statt.

Landesweite Netzwerke**Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Hessischen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten**

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind landesweit zusammengeschlossen, um gemeinsam im interdisziplinären Netzwerk die Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern hessenweit zu verwirklichen.

AG Frauenbeauftragte Hessischer Städtetag

Der Hessische Städtetag ist der Verband der kreisfreien Städte und kreisangehöriger Städte und Gemeinden in Hessen. Er bündelt die Interessen von 74 Städten und Gemeinden in Hessen. Im Rahmen dieses Verbandes arbeiten rund 20 Frauenbeauftragte aus Städten und Gemeinden gemeinsam an der Umsetzung der Gleichberechtigung hessenweit in der AG Frauenbeauftragte Hessischer Städtetag. Die Kommunale Frauenbeauftragte Saskia Veit-Prang ist seit 2006 Mitglied in diesem Netzwerk und seit 2010 stellvertretende Vorsitzende. Aufgaben sind u.a. der Informationsaustausch, die Einschätzung und der Umgang mit zukünftigen Entwicklungen, die Interessenvertretung gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber dem Land Hessen. Denn: Der Hessische Städtetag ist durch Gesetze des Landes Hessen zur Mitwirkung in der Gesetzgebung berufen. Und über die Mitarbeit in diesem Netzwerk kann Einfluss auf die bundes- und europapolitische Entscheidung genommen werden.

Bundesweite Netzwerke**Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten**

In der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) haben sich die weiblichen kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zusammengeschlossen. Sie vertreten die Interessen von Frauen auf Bundesebene und schaffen ein bundesweites Forum für frauen- und gleichstellungspolitische Diskussionen, sichern den Erfahrungsaustausch und den Informationsfluss zwischen den Kolleginnen und klären Fragen des eigenen Berufsstandes. 2020 wurde die Bundeskonferenz, die einmal jährlich stattfindet, aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. Die erste digitale Bundeskonferenz fand vom 06. - 08. September 2021 aus Flensburg mit rund 400 Teilnehmerinnen zum Motto „GLEICHSTELLUNG DIGITAL - Grenzen überschreiten - Horizonte öffnen“ statt.

Meilensteine frauenpolitischer Aktivitäten

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Frauen und die Folgen für die städtischen Frauen - und Mädcheneinrichtungen

Auf Initiative des Kommunalen Frauenreferats wurden direkt mit Beginn der Corona-Krise im März 2020 bei den städtischen Frauen- und Mädcheneinrichtungen die aktuelle Situation abgefragt und Bedarfe ermittelt. Auch wurde auf der Webseite des Kommunalen Frauenreferats die aktuelle Erreichbarkeit der Einrichtungen für Nutzerinnen der Angebote dargestellt.

Im Sommer 2020 entstand auf Initiative des Kommunalen Frauenreferates, in Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit (Sozialplanung) und dem Frauenkommunikationszentrum die Reportage zum Thema „Frauen in Zeiten von Corona“.

Diese gewährt authentische Einblicke in unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen Wiesbadener Frauen seit Ausbruch der Corona Pandemie und beleuchtet die Auswirkungen aus verschiedenen Perspektiven. Die Reportage ist nach wie vor auf der Webseite vom Kommunalen Frauenreferat abrufbar unter: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/frauen/frauen-in-zeiten-von-corona.php>



Fotos: Interviewpartnerinnen in der Reportage „Frauen in Zeiten von Corona“, © Referat Kommunales Frauenreferat, Alfred Engler, arts und media

Das Thema „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Frauen und die Frauen- und Mädcheneinrichtungen“ wurden sowohl beim Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 08. September 2020 als auch am 22. November 2021 auf die Agenda gesetzt. Ebenso wurden die besonderen Belastungen für Frauen während der Pandemie zum Schwerpunktthema des Internationalen Frauentages 2021 gewählt. Zusätzlich wurde das Thema in der Bachelor-Thesis der Inspektoranwärterin, die vom 22.02. - 25.05.2021 im Kommunalen Frauenreferat vor Ort war, unter dem Gesichtspunkt „Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf erwerbstätige Mütter in Wiesbaden“ in den Blick genommen.



Foto: Gewalt gegen Frauen © wiesbaden.de, Foto: Shutterstock

„Wir können die Istanbul-Konvention nur gemeinsam in einem gut abgestimmten und koordinierten Verfahren mit der Landes- und Bundesebene kommunal umsetzen.“

Wiesbaden als wegweisende Kommune bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention

Gewalt gegen Frauen ist die Manifestation von historisch ungleichen Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern, die zur Beherrschung und Diskriminierung von Frauen durch Männer und zur Verhinderung einer umfassenden Frauenförderung führt. „Ein Leben frei von Gewalt“: Das ist die Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Geschlechtergerechtigkeit wird nur erreicht in einer Gesellschaft ohne Gewalt gegen Frauen.

Am 01. Februar 2018 ist das *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*, die sog. Istanbul-Konvention in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten. „Die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt gegen Frauen“. Dieser Satz findet sich in der Präambel der Istanbul-Konvention. Sie verpflichtet zur Anpassung des Hilfesystems und zur Schließung von Schutzlücken und fokussiert die strukturellen Ursachen von Gewalt gegen Frauen. Die Istanbul-Konvention macht deutlich: Ungleiche Machtverhältnisse und strukturelle Benachteiligungen sind der Nährboden für Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Nur eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung kann hier Veränderung schaffen.

Die Konvention gilt im Range eines Bundesgesetzes, das über dem Landesrecht steht und eine völkerrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts erfordern kann. Somit stellt die Istanbul-Konvention die stärkste rechtliche Grundlage zur Abschaffung von Gewalt gegen Frauen dar, die es bisher in Deutschland gibt. Die Umsetzung der Konvention verpflichtet jede Ebene - sprich Kommune, Land und Bund - im Rahmen ihrer Zuständigkeit zur Umsetzung. D.h. hier muss in enger Abstimmung und Koordination vorgegangen werden, damit die Vorgaben der Istanbul-Konvention gut und verlässlich vor Ort umgesetzt werden können.

Der Geltungsbereich des Übereinkommens liegt auf allen Formen von **geschlechtsspezifischer Gewalt** gegen Frauen, einschließlich häuslicher Gewalt. Hierbei ist von Bedeutung, dass die Mehrheit der Opfer häuslicher Gewalt Frauen sind. Während die Umsetzung in Bezug auf Frauen völkerrechtlich verbindlich ist, können die Staaten in Bezug auf Häusliche Gewalt auch Maßnahmen für weitere Betroffenengruppen auf freiwilliger Basis entwickeln und umsetzen.

Die Istanbul Konvention ist ein ganzheitlicher und umfassender Ansatz zur Bekämpfung von **geschlechtsspezifischer Gewalt** an Frauen und häuslicher Gewalt. Die Inhalte der Istanbul-Konvention werden häufig auch als „**Vier P's**“ zusammengefasst, denn die Konvention enthält klare Forderungen und Handlungsanweisungen zu den Themen:

- Gewaltprävention (**Prevention**)
- Opferschutz (**Protection**)
- Strafverfolgung (**Prosecution**) und
- Vernetztem Handeln (**Integrated Politics**)

Was haben wir in Wiesbaden unternommen bzw. welche Schritte wurden zur Umsetzung in den letzten beiden Jahren vorgenommen?

Oberbürgermeister Mende hat in enger Absprache mit Stadtrat Manjura entschieden, dass die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Wiesbaden unter der Federführung der Kommunalen Frauenbeauftragten mit Unterstützung durch das Sozialdezernat realisiert werden soll.

Die Istanbul-Konvention beinhaltet 12 Kapitel, 81 Artikel und 374 Ziffern erläuternden Bericht. Um das immense Ausmaß der Verpflichtung sichtbar und eine politische Entscheidungsfindung über die notwendige Höhe der erforderlichen Haushaltsmittel möglich zu machen, hat die Kommunale Frauenbeauftragte vorab der Bewilligung zusätzlicher Personalressource eine Bestandsanalyse und -bewertung der bestehenden Wiesbadener Angebote zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen durchgeführt, diese mit den Vorgaben der Istanbul Konvention abgeglichen und konkrete Handlungsempfehlungen benannt.

Hierfür wurde in einem ersten Schritt bereits in der ersten Jahreshälfte 2021 eine Ist-Analyse/ Bestandsanalyse für die Umsetzung nach dem als Best Practice geltenden „Darmstädter Modell“ bei den Ämtern der Stadtverwaltung, der Polizei und den Einrichtungen des lokalen Schutz- und Hilfesystems vorgenommen. Mit den zuletzt genannten wurden Expertinneninterviews realisiert. Vorab wurde jedem Träger ein passgenauer individueller Fragenkatalog zugesendet, der auf einer Auswertung der jeweiligen Tätigkeitsberichte der letzten zehn Jahre basierte. Der Ist-Stand wurde im Anschluss mit den Vorgaben der Konvention abgeglichen und bewertet. Die Ergebnisse dieser Bestandsbewertung wurden inhaltlich umfassend mit dem Sozialdezernat abgestimmt und zeigen, dass das Hilfesystem in Wiesbaden in Bezug auf viele Vorgaben der Konvention bereits sehr gut aufgestellt ist. In vielfältigen Bereichen bestehen jedoch im Rahmen der verpflichtenden Vorgaben der Istanbul-Konvention Verbesserungs- und Entwicklungsbedarfe, um bestehende Schutzlücken im Hilfesystem zu schließen und passgenaue Hilfsangebote auszubauen. Auch besteht die Notwendigkeit die multidisziplinären Kooperationen im Sinne der Konvention auf neue Füße zu stehen.

Zum Jahresbeginn 2022 konnte die lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention der Landeshauptstadt Wiesbaden im Kommunalen Frauenreferat mit einer Referentinnenstelle verstärkt werden.

Mittelfristig sind in 2022 / 2023 folgende Handlungsschritte vorgesehen:

- Aufbau einer Netzwerkstruktur nach den Vorgaben aus Artikel 7 Istanbul-Konvention
- Aufbau einer Plattform zur Informationsvermittlung (Webseite) nach den Vorgaben aus Artikel 13 Istanbul-Konvention
- Erste Datenerhebungen über die Bekanntheit des Hilfe- und Unterstützungssystems vor Ort
- Organisation und inhaltliche Gestaltung von Fachforen, Informationsveranstaltungen und Projekten, insbesondere zu Prostitution und Menschenhandel
- Aufbau eines Monitoring-Systems nach abgestimmtem Verfahren zwischen Bund / Land und Kommune nach Artikel 11 Istanbul Konvention.

Das bislang in Wiesbaden existierende interdisziplinäre Netzwerk gegen Gewalt deckt nicht alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt ab. Hier ist eine passgenaue Erweiterung entsprechend der Vorgaben der Konvention erforderlich. Auch gibt es eine Vielzahl von Zielgruppen, die aktuell noch nicht ausreichend in die Unterstützungsstrukturen eingebunden werden konnten. Um zukünftig noch effektivere und nachhaltigere Strategien und Maßnahmen zu Bekämpfung der sexualisierten Gewalt erzielen zu können, wird der erstmalige Aufbau eines spezifischen Monitorings angestrebt.



Foto: Mythen und Männerfantasien @ wiesbaden.de,
Foto: Veranstalter

„Als Kommunale Frauenbeauftragte sensibilisiere ich immer wieder zum Thema und spreche mich deutlich für einen Paradigmenwechsel aus.“

Umgang mit Prostitution in Zeiten der Pandemie - Zeit für einen Paradigmenwechsel?

Anknüpfend an das Kapitel „Wiesbaden als verantwortungsbewusste Kommune bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes“ im letzten Tätigkeitsbericht 2017 - 2019 soll nun die Situation von Prostituierten in Wiesbaden in der Zeit der Pandemie kurz erläutert werden. Anschließend wird gezeigt, welche Schritte die Kommunale Frauenbeauftragte in diesem Bereich unternommen hat und wie ein Paradigmenwechsel gelingen könnte und welche Bedeutung ein solcher gesamtgesellschaftlich hätte.

Der Status Quo der Prostitution in Deutschland sieht bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020 wie folgt aus:

Mit Stand 2019 geht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von circa 200.000 bis 400.000 weiblichen Prostituierten in Deutschland aus. Lediglich 40.400 davon waren bis Ende 2019 angemeldet. 9 von 10 Frauen arbeiten illegal. 90 % der Frauen in Deutschland in der Prostitution stammen meist aus armen Ländern Osteuropas und können kaum oder kein Deutsch. Sie sind unter Bedingungen in der Prostitution tätig, die zumeist mit einer Schuldklaverei-Situation zutreffend zu bezeichnen sind: Der Großteil der Einnahmen geht an Dritte. Die EU-Freizügigkeit bietet sich für die Händler an, da die Frauen kein Visum und keinen Aufenthaltstitel benötigen und sich somit die Eintrittskosten ins Zielland verringern, was wiederum eine Gewinnmaximierung für die Menschenhändler bedeutet.

Im Zusammenhang des legalisierten Prostitutionsmarkts in Deutschland wird auch von einer „Politik der Schadensminimierung“ gesprochen. Damit ist gemeint, dass die Politik die schädlichen Auswirkungen der Prostitution zwar erkennt, was zu Sperrgebieten und einer verpflichteten Registrierung führt, allerdings keinen Paradigmenwechsel vollzieht. In Wiesbaden gilt die Sperrgebietsverordnung vom 10.08.1979 mit Änderungen vom 29.08.1980, die fünf Toleranzzonen für Wiesbaden ausweist. Zum Stichtag 11. November 2021 gibt es in Wiesbaden acht genehmigte Prostitutionsstätten, drei Escort-Service und 25 individuell für Prostitutionszwecke genutzte Wohnungen.

Bei der Betrachtung von Prostitution haben wir das Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern sofort sehr plastisch vor Augen: Wir denken an die Frau, die von einem Mann für ihre sexuelle Dienstleistung und die Erfüllung seiner Wünsche bezahlt wird. Hier geht es nur um die Sexualität des Mannes, nie um die der Frau. Prostitution ist keine Transaktion auf Augenhöhe, sondern immer ein Ausdruck von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht.

Und auch Corona hat leider zu keinem Paradigmenwechsel geführt, sondern die Situation von Prostituierten nur noch brisanter gestaltet. Von März 2020 bis 24. Juni 2021 war Prostitution in Hessen und somit auch in Wiesbaden von heute auf morgen aufgrund der Corona-Pandemie plötzlich verboten. Und auch vom 07. Januar bis zum 08. Februar 2022 wurde Prostitution in vielen Kommunen nach der „Hotspot-Regelung“ in § 27 der hessischen Corona-Verordnung untersagt.

Die Erfahrungen und Kontrollen des Ordnungsamtes und der Polizei haben allerdings gezeigt, dass sich die Prostituierten aufgrund ihrer persönlichen Not und des verhängten Prostitutionsverbots auch unter größtem eigenen Risiko in Hotels, AirBNB oder Ferienwohnungen ohne die notwendigen Unterlagen eingemietet haben, um ihr Existenzminimum zu sichern. Gleichzeitig bedeutet für die Prostituierten dieses Einmieten im Stadtgebiet von Wiesbaden rein rechtlich ein Verstoß gegen die geltende



Foto: Mythen und Männerphantasien © wiesbaden.de,
Foto: Shutterstock

„Das Wesen von Prostitution ist Gewalt. Wenn wir alle das sehen und erkennen, ist es eine Frage der Zeit, bis wir dem positiven Beispiel Schweden und dem Nordischen Modell folgen.“

Sperrgebietsverordnung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Danach ist die Prostitution, mit Ausnahme der Wohnungsprostitution, nur in ausgewiesenen Bereichen möglich.

Aufgrund der Berichterstattung in der Presse, die darauf verwies, dass viele Prostituierte aufgrund der Corona-Schutzverordnungen in Not geraten waren, wurde die Kommunale Frauenbeauftragte von verschiedenen Serviceclubs und Organisationen für Vorträge zum Thema angefragt und konnte hierzu sensibilisieren. So konnten u.a. Geldspenden für medizinische Versorgung von Frauen ohne Krankenversicherung und für aufsuchende soziale Arbeit in den Bordellbetrieben realisiert werden.

Zusätzlich wurden in Kooperation mit Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden mit Unterstützung durch den Mädchentreff Wiesbaden e. V., die GKFG - Gesellschaft für Kinder- und Frauenrechte gegen Gewalt gUG und den AKS Wiesbaden mehrerer Veranstaltungen zum Thema „Mythen und Männerphantasien - zur Kritik der Prostitution“ sehr erfolgreich in Präsenz, hybrid und digital im zweiten Halbjahr 2021 angeboten:

Den Auftakt bildete der Film "Fassaden - Prostitution in Wiesbaden", der am 6. September 2021 im Murnau Filmtheater gezeigt wurde. Der Film ist über folgenden Link abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=A1sQIFsVdb8>

Die beiden Wiesbadener Filmschaffenden Kristine Tauch und Matthias Gathof begleiten die Abolitions-Aktivistin, Soziologin und ehemalige Stadtverordnete Manuela Schon auf ihrer Reise zu den Orten sexueller Ausbeutung in Wiesbaden. Zitate aus Freierforen und dem Buch "Die Gefallene" von Amely Bölte, die schon im 19. Jahrhundert aktiv in der Frauenrechts- und Abolitions-Bewegung in Wiesbaden war, machen klar: Prostitution ist kein Job wie jeder andere, sondern Gewalt gegen Frauen. Das an den Film anschließende Podiumsgespräch ist hier abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=RuvX1bUIGgw>

Eine weitere Aufklärung und Korrektur der verbreiteten Mythen zum Thema Prostitution fand bei der Online-Podiumsdiskussion „Das System Prostitution - und warum ihre Existenz uns alle angeht“ mit Huschke Mau und Manuela Schon statt. In der Diskussion wurde deutlich, dass das Wesen von Prostitution Gewalt ist, vor allem sexuelle Gewalt. Die gesamte Diskussion ist hier online abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=b35785dMPzY>

Und es wurden alle Beteiligten beim Thema Prostitution in den Blick genommen: Die Frauen, die Zuhälter und die dritte Gruppe, die Männer, die kaufen: Pro Jahr geben daueraktive Freier - in Deutschland jeder 5. Mann - vierstellige Beträge von circa 1000 - 4000 Euro pro Jahr aus zum Zweck der Prostitutionsnutzung.¹

Und hier kommt nun das Nordische Modell nach schwedischem Beispiel zum Tragen, das zu einem wahren Paradigmenwechsel führen kann: In Schweden trat der sogenannte „Kvinnofrid: Frauenfrieden“ 1999 in Kraft, dessen Bestandteil das Gesetz zum Verbot des Kaufes sexueller Handlungen ist.

¹ Vgl.: <https://dieunsichtbarenmaenner.wordpress.com/statistiken-ueber-freier/>

„Eine Person, die eine sexuelle Beziehung im Austausch gegen Bezahlung erwirbt, wird wegen des Erwerbs einer sexuellen Dienstleistung zu einer Geldstrafe oder einer Haftstrafe von höchstens 6 Monaten verurteilt. Dies gilt auch, wenn die Bezahlung von einer anderen Person versprochen oder getätigt wurde... Auch der Versuch ist strafbar.“ In Folge ist die Nachfrage nach Prostitution - und damit der Menschenhandel nach Schweden - deutlich gesunken.

Hierbei wird klar: Prostitution kann nur dann beendet werden, wenn die Nachfrage beendet wird, indem Prostitution gesellschaftlich geächtet und Freier mit Geld- oder Haftstrafen und einer gesellschaftlichen Stigmatisierung zur Verantwortung herangezogen werden.

Grundsätzlich ist die Grundhaltung beim Nordischen Modell insbesondere in Schweden eine ganz andere als die in Deutschland, nämlich:

- Prostituierte sind Frauen wie andere auch. Jede könnte in der Prostitution sein, wenn die Lebensumstände dies so vorbestimmt hätten.
- Prostitution ist abzulehnen, weil sie sexuelle Gewalt gegen Frauen ist.
- Die Verantwortung liegt immer klar beim Täter. Und das ist hier der Freier. Denn er nutzt eine absolut schiefe wirtschaftliche Hierarchie aus.
- Und das bedeutet auch: Nicht die Prostituierte ist zu bestrafen. D.h. absolute Entkriminalisierung der Prostituierten, keine Bußgelder mehr und keine Kriminalisierung von Frauen in der Prostitution.
- Wichtig: Prostitution an sich muss immer straffrei sein. Sie darf auf Seiten der betroffenen Frauen keinen Regeln unterliegen, gegen die verstoßen werden könnte.
- Profiteure der Sexindustrie - Zuhälter, Menschenhändler und Freier, sind hingegen zu kriminalisieren.

Das Nordische Modell ist mehr als „nur“ ein Gesetz gegen den Kauf sexueller Handlungen. Es ist ein umfassendes Maßnahmenpaket, das enorme Anstrengungen in den folgenden Bereichen unternimmt:

1. Schutz und Unterstützung für Risikopersonen, sprich Menschen in der Prostitution
2. Präventionsmaßnahmen
3. Bessere Standards und größere Effizienz im Justizsystem
4. Ausbau der nationalen und internationalen Kooperationen
5. Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung

Es hat einige Zeit benötigt, bis einige Länder in Teilen oder Gänze dem Vorbild Schwedens gefolgt sind: Norwegen 2008, Island 2009, Kanada 2014, Nordirland 2015, Frankreich 2016, Irland 2017 und zuletzt Israel 2020.

Mit dem Nordischen Modell wird die Prostitution nicht von heute auf morgen beendet, da die Wurzel von Prostitution Armut ist und es wäre eine Illusion zu glauben, dass eine solche Gesetzesänderung alleine ausreichen würde. Es bedarf zahlreicher Maßnahmen, Geld und Zeit, um ein gesellschaftliches Umdenken zu bewirken. Wichtig ist, dass gesamtgesellschaftlich über Prostitution diskutiert und über die derzeitigen Regelungen nachgedacht wird. Es gibt in allen Städten in Deutschland Prostitution, auch in Wiesbaden. Und wir müssen hinschauen, um zu sehen, welche Gewalt Frauen angetan wird und was dort Verwerfliches passiert. Denn: Prostitution geht uns alle an. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Existenz von Prostitution ALLE Mädchen und Frauen negativ beeinträchtigt.

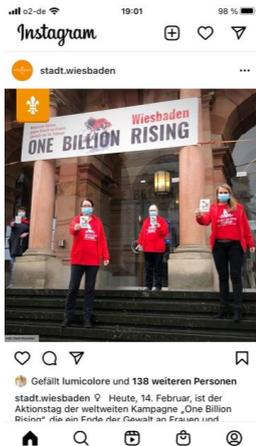


Foto: Ankündigung One Billion Rising über den Instagram-Account der Landeshauptstadt Wiesbaden 2021, © wiesbaden.de, Foto: Pressereferat

„Die Kampagne One Billion Rising - eine Milliarde erhebt sich ist eine weltweite Tanzaktion, die sich für das Ende von Gewalt an Mädchen und Frauen einsetzt.“

(Inter-)nationale und lokale Aktionstage

One Billion Rising am 14. Februar

One Billion Rising ist der weltweite Protest gegen Gewalt an Frauen und findet jedes Jahr am Valentinstag, dem 14.02. statt. Veranstaltungsort 2020 war der Bahnhofsvorplatz. Schirmfrau war die Gießener Frauenärztin Dr. Kristina Hänel, die zu einer Geldstrafe von 2.500 Euro wegen vorgeblicher Werbung für Schwangerschaftsabbrüche auf der Internetseite ihrer gynäkologischen Praxis verurteilt worden war. Diese Verurteilung löste eine bundesweite Debatte und eine Änderung des Strafrechtsparagrafen, zuletzt 2022, aus. 2021 fand die Aktion One Billion Rising aufgrund der Corona-Pandemie rein digital mit einem Best of aller Veranstaltungen seit 2013 statt.

Internationaler Frauentag am 08. März

Der 08. März ist der Internationale Frauentag. An diesem Tag weisen wir auf den fortwährenden Kampf für die Rechte der Frauen im politischen, privaten und wirtschaftlichen Leben hin. Jedes Jahr finden rund um den 08. März in Wiesbaden viele einzelne Veranstaltungen von unseren Netzwerkpartnerinnen zum jeweiligen Motto sowie eine Großveranstaltung statt. Der Internationale Frauentag wird jedes Jahr vom Kommunalen Frauenreferat und einer Gruppe von Vertreterinnen aus den Wiesbadener Frauennetzwerken geplant und initiiert. Die Leitung dieser Gruppe lag bisher beim Kommunalen Frauenreferat. Die Themen der Veranstaltungen sind immer gut recherchiert, aktuell und richtungsweisend, wie die nachfolgende Auflistung der Veranstaltungsflyer zeigt.

Plakate und Mottos: Internationaler Frauentag in Wiesbaden 2020 und 2021:



Internationaler Frauentag 8. März 2020

Wir ~~fallen~~ aus der Rolle?!

Freitag, 28. Februar
17.00 Uhr | Rathausfoyer, Schloßplatz 6, Wiesbaden
Vernissage der Ausstellungen zum Internationalen Frauentag 2020

Sonntag, 08. März
Beginn 18.00 Uhr (Einlass 17.30 Uhr) | Caligari FilmBühne, Marktplatz 9, Wiesbaden
Empfang, Podiumsdiskussion und Film „Aufbruch in die Freiheit“

Weitere Veranstaltungen und Informationen:
Kommunales Frauenreferat
Rathaus, Schloßplatz 6,
651 83 Wiesbaden
www.wiesbaden.de
„Internationaler Frauentag“



Motto 2020: „Wir fallen aus der Rolle- Frauenbilder und Frauenrollen im Wandel der Zeit, © Referat Kommunales Frauenreferat, Design, Illustration: Jutta Pötter, www.poetter.com



365 Tage mit Corona

Montag, 08. März 2021 (analog & digital)
Sich aus der Ferne nah sein - Post zum Weltfrauentag

Montag, 08. März 2021 17.00 Uhr - 18.30 Uhr Online-Veranstaltung
365 Tage mit Corona

Informationen:
Kommunales Frauenreferat
Rathaus, Schloßplatz 6,
65183 Wiesbaden
www.wiesbaden.de
„Internationaler Frauentag“



Motto 2021: „365 Tage mit Corona“, © Referat Kommunales Frauenreferat, Design Illustration: Jutta Pötter, www.poetter.com



Foto: Das Rathaus Wiesbaden am 25.11.2020,
© wiesbaden.de, Foto:
Referat Kommunale Frauenbeauftragte, Alfred Engler arts & media

„Mit Orange the World setzen wir ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Mädchen und Frauen.“

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November

Der „**Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen**“ ist ein Aktionstag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen und Mädchen. Er wird jedes Jahr am **25. November** begangen. Seit 2019 beteiligt sich das Kommunale Frauenreferat an der Aktion „**Orange your city**“. Unter dem Motto „**Zonta Says No - Orange the World**“ setzen jedes Jahr der Zonta Club Wiesbaden, die Kommunale Frauenbeauftragte und der Arbeitskreis Prävention zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November sichtbare Zeichen gegen Gewalt an Frauen, ihre Ursachen und Folgen.

2020 konnte aufgrund der Corona-Pandemie der Sternschnuppenmarkt nicht stattfinden, sodass es möglich war, u.a. das Rathaus, die Marktkirche und den Hessischen Landtag anzustrahlen. Es wurden zahlreiche weitere Gebäude, wie z.B. die Brita-Arena, die Sektkellerei Henkell, das Museum und das Erbprinzenpalais (IHK) beleuchtet. Diese Aktion strahlte in 2020 zudem auch über Wiesbaden hinaus: Der Zonta Club Wiesbaden konnte in gemeinsamer Aktion mit dem Zonta Club Mainz den Brückenschlag mit der Beleuchtung der Theodor-Heuss-Brücke realisieren. Schirmherrin 2020 war die damalige Stadtverordnetenvorsteherin Christa Gabriel.



Fotoimpression aus 2020, © Foto: Kommunale Frauenbeauftragte, Alfred Engler, arts + media

2021 wurden über 30 Gebäude in Wiesbaden beleuchtet, u.a. der Hessische Landtag und das Stadtmuseum. Es engagierten sich bei der Aktion über 40 Organisationen. Am 25.11.2021 wurde u.a. mit einem Aktionsstand in der Wiesbadener Innenstadt zum bundesweiten Hilfetelefon und zum lokalen Hilfe- und Unterstützungsnetzwerk informiert. Außerdem wurden Unterschriften von Zonta für die bundesweite Unterschriftenkampagne zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gesammelt und Aktionen von der Fachberatungsstelle Wildwasser Wiesbaden e.V. und der Gesellschaft für Kinder- und Frauenrechte gegen Gewalt durchgeführt. Die Schirmherrschaft für die Wiesbadener Orange the World Kampagne 2021 übernahm der Präsident des Hessischen Landtags Boris Rhein.



Foto: Pixabay

„Gewalt in Partnerschaft älterer Menschen ist wenig beachtet und stark tabuisiert. Mir als Kommunale Frauenbeauftragte ist es wichtig, hier für Bewusstsein zu sorgen.“

Wiederkehrende lokale Veranstaltungen und weitere Angebote

Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen von Prävention, Schutz und Hilfe bei Gewalt gegen Frauen

Mit dem **trägerübergreifenden Projekt „Wiesbadener Interventionsstelle“** konnten 2020 insgesamt 75 Betroffene von Häuslicher Gewalt hierüber erreicht werden. Es fanden 66 telefonische Beratungen und 9 Beratungen persönlich im Polizeipräsidium statt. Im Jahr 2021 konnten insgesamt 90 Betroffene erreicht werden. Es fanden 78 telefonische Beratungen und 12 persönliche Beratungen vor Ort im Polizeipräsidium statt. Über diese Beratung erhielten Betroffene sofort erste Orientierungshilfen und Informationen. Die Mitarbeiterinnen informierten über das Gewaltschutzgesetz und entwickelten mit den Geschädigten einen individuellen Schutzplan. Sie informierten über das bestehende Hilfenetz und vermittelten gezielt in die passenden Einrichtungen, um eine weiterführende Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten. Die Frauen erhielten die Möglichkeit, über die Gewaltbeziehung zu sprechen und mit der Beraterin zusammen eine Zukunftsperspektive zu entwickeln.

Das Projekt wird in Kooperation von Kommunalem Frauenreferat, Polizeipräsidium Westhessen, Wiesbadener Frauenhäuser und der Beratungsstellen, Frauen helfen Frauen e.V. und Opfer- und Zeugenhilfe e.V. durchgeführt. Es besteht seit 2011 und wird durch kommunalisierte Landesmittel finanziert.

Unterstützung von drei Studierendengruppen der Hochschule RheinMain im Vertiefungsmodul „Häusliche Gewalt in älteren Partnerschaften“ 2020

Da die Kommunale Frauenbeauftragte vom 01.01.2017 bis 31.12.2018 am Forschungsprojekt der Hochschule RheinMain, zusammen mit dem Caritasverband Offenbach und dem Stadtgesundheitsamt Frankfurt zum Thema „Niederschwellige Hilfenansätze bei Gewalt in Partnerschaften älterer Frauen und Männer (HiGP Ae)“ mitgewirkt hat, kamen drei Studierendengruppen des Vertiefungsmodul Häusliche Gewalt von der Hochschule RheinMain auf das Kommunale Frauenreferat im Herbst 2020 zu:

- Eine Gruppe erhielt Unterstützung bei der Planung und Realisierung einer Veranstaltung in der LAB - Leben Aktiv Bereichern.
- Eine zweite Gruppe erstellte einen Flyer zum Thema Häusliche Gewalt, der die erwachsenen Kinder von Opfern Häuslicher Gewalt anspricht.
- Eine dritte Gruppe erstellte mittels (telefonischer) Interviews, u.a. mit dem Kommunalen Frauenreferat und BiZeps Podcasts zum Thema „Häusliche Gewalt“. Der Podcast zum Thema Gewalt in älteren Partnerschaften mit Saskia Veit-Prang ist abrufbar unter folgendem Link: https://open.spotify.com/episode/0Nscp4yomTNcldxVkyvRBM?si=TJlbnkLYTvwwe1-vrXdSw&utm_source=copy-link



Foto: Ankündigung der Veranstaltungsreihe zum Thema Stoppt Femizide

„Viele Femizide sind vorhersehbar und vermeidbar. Wir können Frauen besser als bisher vor geschlechtsspezifischer Gewalt schützen durch die tatsächliche Umsetzung der Istanbul-Konvention.“

Veranstaltungsreihe zu Femiziden 2021

Um das Thema "Femizide" ging es bei der Veranstaltungsreihe im Herbst 2021, in deren Rahmen zwei Lesungen und eine Podiumsdiskussion stattgefunden haben. Alle drei Veranstaltungen können auch im Nachgang online unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/frauen/thema-femizide.php>

Die Veranstaltungsreihe wurde durch das Frauenmuseum Wiesbaden, Amnesty International Wiesbaden, die Kommunale Frauenbeauftragte, die Burgfestspiele, das Frauenkommunikationszentrum Wiesbaden, KomZ Wildwasser Wiesbaden und „Das Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, unterstützt und realisiert.

Infowoche / Infotag Wiedereinstieg für Frauen

Einmal jährlich findet die/ der **Infowoche/ Infotag Wiedereinstieg für Frauen** mit Vorträgen, Workshops, individueller Bewerbungsberatung und Infomesse in Kooperation mit der Agentur für Arbeit und dem Kommunalen Jobcenter der Landeshauptstadt Wiesbaden statt. 2020 und 2021 wurden die Angebote größtenteils digitalisiert und anstatt an einem Tag wurden verschiedene Angebote in einer Woche angeboten. Dieses Format soll so beibehalten werden, um Interessierte besser und spezifischer zu erreichen. Auch wurde für die Bewerbung der Infowoche von der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt vom Kommunalen Jobcenter in Kooperation mit dem Kommunalen Frauenreferat ein Informationsvideo in Form einer Simple Show entwickelt, das unter folgendem Link abrufbar ist: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/frauen/frau-beruf.php>



Video zur Informationswoche für Frauen © wiesbaden.de / Video: Veranstalter

Aktualisierungen bei der Kampagne Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung

Seit 2016 ist auch die Landeshauptstadt Wiesbaden eine der elf hessischen Modellregionen des vom Frankfurter Frauennotruf entwickelten Projektes „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“. Schnell und vertraulich können sich bei der „Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung“ vergewaltigte Frauen und Mädchen ab 14 Jahren nach einem Übergriff an die gynäkologische Ambulanz der HSK wenden. Die medizinische Versorgung und die vertrauliche Spurensicherung sind jederzeit möglich. Die ärztliche Schweigepflicht gilt auch in Vergewaltigungsfällen. Die professionelle medizinische Versorgung ist damit unabhängig von einer Anzeige. Die gesicherten Spuren werden ein Jahr lang aufbewahrt. So haben betroffene Frauen und Mädchen Zeit sich zu entscheiden, ob sie eine Anzeige erstatten möchten.

Initiiert wurde das Projekt von den frauenpolitischen Sprecherinnen der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen und Saskia Veit-Prang, die für die Projektleitung, -steuerung und -finanzierung verantwortlich ist. Das ganzheitliche Projekt umfasst

viele Facetten und bedarf insbesondere aufgrund der hohen Fluktuation im Krankenhausalltag eines regelmäßigen Austauschs. Um hier bei allen Beteiligten für einen aktuellen Sachstand zu sorgen und auch um Fragen zu klären, finden gemeinsame Austauschrunden statt, wie z.B. am 12.08.2022.



Foto: Treffen einiger Beteiligter am 12.08.2022 zur Soforthilfe nach Vergewaltigung.

Weitere Einzelveranstaltungen und Angebote

Neben den Kooperationsveranstaltungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Frauen- und Mädcheneinrichtungen gab es eine Vielzahl von weiteren Kooperationen mit anderen Partnerinnen und Partnern. So zum Beispiel mit dem Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V., der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung oder den Frauenserviceclubs. Hierbei entstanden vielfältige interessante Einzelveranstaltungen, Projekte und sogar eine Wanderausstellung für interessierte Wiesbadenerinnen, die hier nicht einzeln aufgelistet werden. Thematisch erstreckten sich diese von beruflicher Weiterentwicklung, der Auseinandersetzung mit den eigenen persönlichen Stärken, dem Thema Abgrenzung und gutes Arbeiten im Home Office, Frauengesundheit, Prostitution in Wiesbaden bis hin zur Geschichte des Hebammenberufs.

Außerdem fand auf Wunsch der im Arbeitskreis vertretenen Frauen- und Mädcheneinrichtungen die mehrtägige Online Fortbildung „Queere Lebensweisen in der Frauen- und Mädchenarbeit“ 2020 und 2021 statt, die das Kommunale Frauenreferat für das Netzwerk veranstaltete und finanzierte.

Auch wurde 2021 die Webseite vom Kommunalen Frauenreferat umfassend überarbeitet und neu strukturiert. Neue Themenfelder wurden aufgenommen, so z.B. „Neuigkeiten für Frauen“ oder „Alleinerziehend in Wiesbaden“ oder „Nein zu geschlechtsdiskriminierender und sexistischer Werbung“.

Trotz coronabedingten Mehrbelastung hat die Kommunale Frauenbeauftragte auch im Jahr 2020 wieder eine Inspektoranwärterin bei ihrer Bachelor-Thesis erfolgreich begleitet und unterstützt. Die Bachelor-Thesis wurde mit Bestnote bewertet.

Resümee und Ausblick

Wie Sie sehen: Die Themen des Kommunalen Frauenreferates sind vielfältig und das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen rückt im Zuge der Umsetzung der Istanbul-Konvention aktuell in den Mittelpunkt. Die Istanbul-Konvention bietet viele Chancen, wirklich etwas gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu tun. Die Herausforderung besteht nun darin dafür zu sorgen, dass die Vorgaben der Konvention nicht nur in Wiesbaden, sondern bundesweit gut abgestimmt umgesetzt werden.

Mein Team und ich werden jegliche Gelegenheit nutzen, um über Gewalt gegen Frauen und Mädchen, deren Kontext und die weitreichenden Folgen zu informieren. Wir werden uns nicht nur auf die (Inter-)Nationalen Tage und bei Kampagnen hierzu, wie anlässlich One Billion Rising oder Orange the World, beschränken.

Gewalt gegen Frauen geht uns alle an und wir können nur etwas verändern, wenn das Thema in der Gesamtgesellschaft präsent und das vielfältige Unterstützungs- und Hilfenetzwerk bekannt ist. Gleichzeitig müssen die Täter in die Verantwortung genommen werden. Was kann hier präventiv passieren? Als Kommunale Frauenbeauftragte ist mein Ziel ein gesellschaftliches Überdenken von Rollenvorstellungen und Rollenzuweisungen zu erreichen. Es muss klar sein: **Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat hier keinen Platz.**

„Ein Leben frei von Gewalt“: Das ist die Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Geschlechtergerechtigkeit wird nur erreicht in einer Gesellschaft ohne Gewalt gegen Frauen. D.h. hier sind wirklich alle gefordert und hier wird auch der Hauptfokus von mir und meinem Team in den nächsten Jahren liegen.

Mein besonderer Dank gilt neben den spezifischen Frauennetzwerken meinen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung. Ohne deren engagierte und fachkompetente Unterstützung wären weder Qualität noch Quantität meiner Arbeit in dieser Form möglich. Frauenarbeit ist Querschnittsaufgabe und nur im Team erfolgreich.

Gemeinsam können wir auch weiterhin viel erreichen - davon bin ich überzeugt.

Ich freue mich auf die zukünftigen Herausforderungen, Themen und Aktionen.



Saskia Veit-Prang
Kommunale
Frauenbeauftragte



Kommunales Frauenreferat
Tel. +49 (0)611 31-2448
Fax +49 (0)611 31-3905
www.wiesbaden.de